

Positionspapier

CO₂-Gesetz und Klimaschutz

30. April 2021

1 Ausgangslage

Die Schweiz ist als Alpenland vom Klimawandel besonders stark betroffen. Darum wollen Bundesrat und Parlament mit dem revidierten CO₂-Gesetz (Totalrevision) den Treibhausgas-Ausstoss der Schweiz weiter senken. Das CO₂-Gesetz soll dafür sorgen, dass der Treibhausgas-Ausstoss der Schweiz bis 2030 gegenüber dem Wert von 1990 halbiert wird. Die heutigen Massnahmen reichen dafür nicht aus. Da gegen das CO₂-Gesetz das fakultative Referendum ergriffen wurde, stimmt die Bevölkerung am 13. Juni 2021 darüber ab.

2 Betroffenheit

Der Schweizer Detailhandel erfüllt eine unverzichtbare Funktion in der Grundversorgung der Schweizer Bevölkerung. Die Klimaerwärmung beeinträchtigt diese Funktion auf verschiedenen Ebenen.

Der Klimawandel führt zu mehr Hitze und Trockenheit und erhöht das Risiko von Missernten und Lieferengpässen bei Konsumgütern sowie bei Produktionsgütern. Dadurch wird eine nachhaltige Landesversorgung, die jederzeit gewährleistet sein muss, schwieriger. Es kommt hinzu, dass die Verfügbarkeit von Lebensmitteln direkt mit einer intakten Natur und Landwirtschaft in Verbindung steht, eine gesunde Pflanzen- und Tierwelt ist dafür massgebend. Durch die Klimaerwärmung sind diverse Arbeitsplätze, über die ganze Wertschöpfungskette hinweg, gefährdet. Als einer der grössten Arbeitgeber ist der Schweizer Detailhandel daher besonders betroffen.

3 Position

Die Mitglieder der IG Detailhandel haben in den vergangenen Jahren grosse Anstrengungen zur CO₂-Reduktion in allen Bereichen der Unternehmen unternommen und damit viel in den Klimaschutz investiert. Die IG Detailhandel begrüsst das CO₂-Gesetz als notwendigen Beitrag zur Erreichung des Pariser Abkommens, zu dem sich die Schweiz verpflichtet hat. Das Referendum verzögert die Umsetzung dieser Strategie unnötig.